



Verband der Lehrenden und Forschenden an Schweizer Fachhochschulen (fh-ch)  
Fédération des enseignants et chercheurs des Hautes écoles spécialisées suisses (hes-ch)  
Federazione dei docenti e ricercatori delle Scuole universitarie professionali svizzere (sup-ch)

Geschäftsstelle fh-ch  
Hopfenweg 21  
Postfach  
3001 Bern  
031 370 21 11

[ep27@efv.admin.ch](mailto:ep27@efv.admin.ch)

## **Vernehmlassungsantwort des fh-ch auf die Vernehmlassungsvorlage des Bundesrates «Entlastungspaket 27»**

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin, sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrte Herren Bundesräte

Als Verband der Lehrenden und Forschenden an Schweizer Fachhochschulen ist es uns ein grosses Anliegen, an dieser Vernehmlassung teilzunehmen. Das Entlastungspaket 27 enthält Massnahmen, welche die Schweiz grundsätzlich schwächen. Wir haben vor allem Einblick in die Welt der Hochschulbildung, so dass sich unsere Stellungnahme auf vorgeschlagene Massnahmen beschränkt, welche diesen Bereich betreffen.

### **Bildung, der einzige Rohstoff der Schweiz**

Wir gehen davon aus, dass sich die Schweiz als innovatives, demokratisches, soziales und integratives Land versteht, das ihre Stärke gerade auch aus einem Bildungssystem zieht, das chancengerecht, vielfältig und durchlässig ist, hohe Qualität anstrebt, exzellente Grundlagenforschung fördert und durch ihre angewandte Forschung die Wettbewerbsfähigkeit der KMU-Wirtschaft sichert. Die geplanten Sparmassnahmen schwächen diese Anliegen. Es ist daher von ihnen abzusehen.

### **Erhöhung der Studiengebühren stiftet vielfältigen Schaden**

Mit den geplanten Erhöhungen der Studiengebühren überträgt der Bund die Lasten seiner Sparmassnahmen im Hochschulbereich direkt auf die Studierenden. Damit betrachtet der Bundesrat sie derzeit eher als Nutzer und Nutzerinnen eines kostspieligen Systems, an dessen Finanzierung sie einen höheren Beitrag leisten sollen, anstatt sie als eine zukünftige wichtige Stütze unserer Gesellschaft und Wirtschaft zu sehen, die mit ihrer Produktivität und ihren Steuern den Staat unterstützen werden. Damit ändert der Bundesrat das Bild der Studierenden, mit dem wir bisher gut gefahren sind. Zudem gefährdet er die Chancengerechtigkeit im Schweizer Bildungssystem. Die Erhöhung der Studiengebühren führt zu einer verstärkten Selektion basierend auf finanziellen Möglichkeiten anstatt aufgrund von individuellen Potenzialen. Damit wird eine Entwicklung in die falsche Richtung gefördert. Erhöhung der Studiengebühren kann auch den Fachkräftemangel verstärken, indem Studierende vermehrt einer

Nebenbeschäftigung nachgehen und damit ihre Studiendauer verlängern müssen. Von der geplanten Erhöhung der Studiengebühren ist abzusehen.

### **Kürzung der Bundesbeiträge an die Hochschulen gefährdet Qualität**

Die Erhöhung der Studiengebühren soll es dem Bund ermöglichen, seine Beiträge an die Hochschulen um 10% zu kürzen. Mit dem Versuch, die Kürzungen des Bundes durch die Erhöhung der Studiengebühren auszugleichen, zeigt zumindest, dass der Bundesrat sieht, dass bei den Hochschulen nicht noch mehr gespart werden kann. Denn schon in der BFI-Botschaft 2025-2028 hat der Bund den Hochschulen Budgetkürzungen zugemutet. Da jedoch die Erhöhung der Studiengebühren ein Schritt in die völlig falsche Richtung ist, ist auch auf die Gesetzesänderung in Art. 50 HFKG zu verzichten. Andernfalls wird der zunehmende finanzielle Druck auf Lehre und Forschung die Qualität an den Hochschulen (noch mehr) gefährden, indem Lerngruppen vergrössert, Angeboten gestrichen, Personal abgebaut und Investitionen zurückgestellt werden, während gleichzeitig Mehrarbeit, Stress und Burnout-Raten zunehmen. Wenn die Politik nicht nur sparen, sondern wirklich etwas zugunsten der Hochschulen machen will, so sollte sie ein Monitoring bezüglich Administration an den Hochschulen einführen mit klaren Vorgaben, was zur Administration gehört, welche administrativen Kosten an die Departemente weitergegeben werden dürfen und wie hoch die Kosten im Verhältnis zu den Kosten von Lehre und Forschung sein dürfen, die vom Bund bei der Subventionierung berücksichtigt werden.

### **Kürzungen bei der Forschungsförderung schwächt die KMU-Wirtschaft**

Sowohl dem Schweizerische Nationalfonds SNF wie auch Innosuisse sollen die zur Verfügung stehenden Gelder um 10% gekürzt werden. Da die Forschungsförderung eine Investition in die Zukunft der Schweiz darstellt, stellt sich die Frage, inwieweit solche Entscheidungen überhaupt Sinn machen. Unabhängig von dieser grundsätzlichen Frage ist festzuhalten, dass die Fachhochschulen angesichts der geplanten Maßnahmen benachteiligt werden und in ihrer Forschung in eine Abwärtsspirale geraten. Dies geschieht a) durch die Kürzungen bei Innosuisse, die zu weniger Projektbewilligungen führen, b) durch den erhöhten Wettbewerb unter den Hochschulen, da die universitären Hochschulen aufgrund der Kürzungen beim SNF mehr Projekteingaben bei Innosuisse einreichen und damit die Fachhochschulen unter Druck setzen, und c) durch einen Rückgang der Drittmittel aus der Wirtschaft, da die Projektpartner einen höheren Anteil an den Projektkosten übernehmen müssen. Dies wird d) zum Abbau von Stellen für den Forschungsnachwuchs führen und e) mittelfristig die Innovationskraft der Schweiz schwächen, insbesondere die der KMU-Wirtschaft, da weniger angewandte Forschung zugunsten dieser Unternehmen betrieben wird. Angesichts der zusätzlichen 12% Kürzung bei der Resortforschung, von der auch die Hochschulen betroffen sind, wird deutlich, wie nachhaltig die Forschung an den Hochschulen durch die geplanten Massnahmen beschnitten wird.

### **Streichung der projektgebundenen Beiträge – Schwächung der Zusammenarbeit**

Schweizer Hochschulen sind im Vergleich zu ihren internationalen Pendanten relativ klein. Ihre Zusammenarbeit stärkt das gesamte Hochschulsystem der Schweiz und erhöht dessen Wettbewerbsfähigkeit. Durch die Streichung der projektgebundenen Beiträge verliert die Ausarbeitung und Umsetzung gemeinsamer hochschulübergreifender Projekte ihre Systembedeutung und macht es schwieriger, nationale Kompetenzzentren aufzubauen, die Zusammenarbeit im Zusammenhang mit internationalen Programmen zu koordinieren und relevante hochschulübergreifend Fragen wie Chancengleichheit, Gleichstellung oder Nachhaltigkeit anzupacken und gemeinsam zu lösen. Angesichts der angespannten finanziellen Situation können die Hochschulen diese Lücke nicht schließen, wodurch die schweizerische Hochschullandschaft ein wichtiges Instrument zur Schaffung von Synergien verliert. Nach

unserer Meinung dürfen die projektgebundenen Beiträge nicht vollkommen gestrichen, sondern höchstens moderat gekürzt werden.

### **Zusammenfassung**

Aus Sicht von fh-ch sind die vorgeschlagenen Maßnahmen abzulehnen. Der Hochschulbereich stellt eine wesentliche Investition in die Zukunft dar, weshalb globale Kürzungen oder Streichungen nicht akzeptabel sind. Wer im Hochschulsektor finanzielle Veränderungen als nötig erachtet, sollte dies nicht aus rein finanzpolitischen Überlegungen tun, sondern vielmehr im Rahmen strategischer und hochschulpolitischer Diskussionen und Entscheidungen. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Qualität und Innovationskraft der Hochschulen langfristig erhalten bleiben und die Bedürfnisse der Gesellschaft und Wirtschaft angemessen berücksichtigt werden.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Überlegungen!

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Anne Krauter Kellein  
Präsidentin fh-ch



Bruno Weber-Gobet  
Geschäftsleiter fh-ch